

Mainz, den 19.06.2020

Pressemitteilung

Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2020: Das Recht zu fliehen braucht ein Recht auf Ankommen in Würde

Der Weltflüchtlingstag alljährlich am 20. Juni weist auf die bedrängte Situation von Menschen auf der Flucht hin und würdigt zugleich den Mut, die Tapferkeit, Stärke und Entschlossenheit, die Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Staatenlose jeden Tag aufbringen müssen. Ende 2019 waren fast 80 Millionen Menschen auf der Flucht, die Hälfte davon Kinder. Sie flohen vor Krieg und Gewalt, vor Verfolgung und Diskriminierung, vor extremer Armut und der Bedrohung ihrer Existenzgrundlage durch den Klimawandel.

Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Zahl der Flüchtlinge auf der Welt nahezu verdoppelt. Die meisten von ihnen sind Binnenvertriebene im eigenen Land, ein weiterer großer Teil sucht Schutz in den Nachbarländern ihrer Herkunftsstaaten. Deshalb ist beispielsweise im Libanon etwa jede*r fünfte Einwohner*in ein Flüchtling.

Nur die wenigsten der Menschen, die ihre Heimat aufgeben müssen, machen sich auf den Weg nach Europa - zumeist nur dann, wenn sie innerhalb ihres Herkunftsstaates oder in den Nachbarstaaten keinen Schutz finden und keine Überlebensperspektive entwickeln können. Wer sich aufmacht, braucht Mut, Tapferkeit, Stärke und Entschlossenheit! Denn die Fluchtrouten sind gefährlich: Sie führen, eingepfercht in Lastwagen, durch Wüsten und Diktaturen. Sie führen in überfüllten, seeuntauglichen Schlauchbooten über das Mittelmeer. Sie führen durch Obdachlosigkeit und Hunger in der Türkei und durch Gewalt und Hass auf der Balkan-Route.

Das Recht zu fliehen braucht, wenn es nicht ins Leere laufen soll, ein Recht darauf, ankommen zu dürfen. Dieses Recht enthält die Europäische Union Flüchtlingen vor: Durch unterlassene Hilfeleistung oder gar aktives Verhindern von Rettung, wenn sie in Seenot geraten, durch Gewalt an den Außengrenzen, durch das Einsperren von Schutzsuchenden in Elendslagern in Griechenland unter menschenunwürdigen Bedingungen.

Der Friedensnobelpreisträger Europäische Union, die selbsterklärte „Wiege der Menschenrechte“, der selbsternannte „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ verweigert tagtäglich Menschen in Not den Zugang zu Freiheit, zu Sicherheit, zu Recht ... zu einem menschenwürdigen Leben.

Auch die Bundesregierung weigert sich, Flüchtlinge aufzunehmen, die vor den Toren und an den Rändern Europas mit Mut, Tapferkeit, Stärke und Entschlossenheit in menschenunwürdigen Verhältnissen ausharren. Sie weigert sich trotz hunderter Städte und Gemeinden, die ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Aufnahme von Flüchtlingen erklärt haben, trotz vorhandener Ressourcen und Kapazitäten, trotz Hunderttausender Menschen, die weiterhin zum Engagement für Flüchtlinge bereit sind.

„Weil Menschenrechte für alle gelten, müssen Flüchtlingslager wie z.B. Moria auf Lesbos umgehend evakuiert und die Schutzsuchenden in Sicherheit gebracht werden“, sagt Pierrette Onangolo, die Geschäftsführerin des AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V.. „Statt abzuwarten und sich hinter dem Streben nach einer ‚europäischen Lösung‘ zu verstecken, muss die Bundesregierung endlich Verantwortung übernehmen und innerhalb der EU vorangehen“, ergänzt Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Initiativausschusses für Migrationspolitik in RLP.

Dringender Handlungsbedarf besteht zudem auch in Deutschland selbst. Beispiele, die dem Mut, der Tapferkeit, der Stärke und der Entschlossenheit von Flüchtlingen alles abverlangen:

- Schutzsuchende aus Kriegs- und Krisengebieten wie Syrien und Afghanistan werden aufenthaltsrechtlich in Unsicherheit belassen, weil die Innenminister*innen des Bundes und der Länder sich unbefristeten Abschiebestopps verweigern.
- Schutzsuchende in Erstaufnahmeeinrichtungen und kommunalen Sammelunterkünften werden in der Corona-Pandemie konkreten Infektionsrisiken ausgesetzt, weil sie in den beengten Verhältnissen Hygienevorschriften und Abstandsgebote nicht einhalten können.
- Auf deshalb eintretende Infektionen reagieren viele Bundesländer und viele Kommunen auch in Rheinland-Pfalz damit, die Aufnahmeeinrichtungen und ausnahmslos alle Bewohner*innen teils für Wochen unter Kettenquarantäne zu stellen.

Als landesweite Organisationen sehen wir es am Welttag des Flüchtlings und allen anderen Tagen des Jahres als unsere Aufgabe, den Mut, die Tapferkeit, die Stärke und die Entschlossenheit von Flüchtlingen zu unterstützen, indem wir Verantwortungsträger*innen die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen und eine Veränderung der Verhältnisse abverlangen, die dem entgegenstehen. Deshalb fordern wir:

- den Bund und die Länder dazu auf, Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan und anderen Kriegs- und Krisengebieten, in die eine Rückkehr in Sicherheit und Würde dauerhaft nicht möglich ist, eine verlässliche Aufenthaltsperspektive zu eröffnen;
- die rheinland-pfälzische Landesregierung dazu auf, durch die Bereitschaft zur überquotalen Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland und durch ein dauerhaftes Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge aus außereuropäischen Aufnahmeländern Schutzsuchenden sichere und legale Zugangswege nach Rheinland-Pfalz zu eröffnen;
- die rheinland-pfälzische Landesregierung und die Kommunen in Rheinland-Pfalz dazu auf, Flüchtlinge in dezentralen Wohneinheiten unterzubringen, in denen die sie ihre Privatsphäre wahren und Abstandsgebote und Hygieneregeln eingehalten werden können;
- die Kommunen in Rheinland-Pfalz, dazu auf, sich zu „sicheren Häfen“ für aus Seenot gerettete und andere Flüchtlinge in Not zu erklären, ihre grundsätzliche Aufnahmebereitschaft durch konkrete Zahlenangaben zu untermauern und von der Bundes- und der Landesregierung zu verlangen, die Aufnahme zeitnah zu ermöglichen;
- Organisationen der rheinland-pfälzischen Zivilgesellschaft dazu auf, den politisch Verantwortlichen in den kommunalen Verwaltungen, in Gemeindeparlamenten, im Landtag und in der Landesregierung immer wieder deutlich zu machen, dass sie die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen einfordern und dass sie Willens und dazu in der Lage sind, dauerhaft an der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen mitzuwirken.

gez. Torsten Jäger
Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP

gez. Pierrette Onangolo
AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP e.V.

gez. Annika Kristeit
Aktiv für Flüchtlinge RLP

Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP
Albert-Schweitzer Straße 113-115
55128 Mainz
Tel.: 06131/287 44 53
tj@zgv.info | www.ini-migration.de
Twitter: @inimigration

AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP e.V.
Leibnizstraße 47
55118 Mainz
Tel: 06131 4924734
info@asyl-rlp.org
www.fluechtlingsrat-rlp.de

Aktiv für Flüchtlinge in RLP
Leibnizstraße 47
55118 Mainz
Tel: 06131 4924736
ehrenamt@asyl-rlp.org
www.aktiv-fuer-fluechtlinge-rlp.de